
DT-1-230 ff

Antragsteller*innen: Karen Haltaufderheide KV Ennepe-Ruhr u.a.

Gegenstand: DT-1 Zukunft gestalten – digitale Transformation als Chance für NRW in einer globalisierten Welt (Transformation³ – digital.ökologisch.sozial!)

ÄNDERUNGSANTRAG DT-1-230 FF

1 Einzufügen nach Zeile 230

2 **Digitalisierung in der Pflege: Mensch im Mittelpunkt**

3 Im Themenbereich Pflege, Abbau von Barrieren und Ausgleich von behinderungsbedingten
4 Nachteilen stehen für uns GRÜNE die Chancen und Interessen der betroffenen Menschen
5 mit ihrem Recht auf ein inklusives, selbstbestimmtes Leben im Vordergrund. Wo immer
6 das möglich ist, soll technische Unterstützung zur Verbesserung der Lebensbedingungen
7 für Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige genutzt werden. Ausschlaggebend
8 ist dabei nicht das technisch Machbare sondern der Nutzen für die Betroffenen. Dement-
9 sprechend stehen sie im Mittelpunkt der Entscheidungen über Entwicklung und Einsatz
10 von technischer Unterstützung, ganz im Sinne des alten Satzes: „Nichts über uns ohne
11 uns.“ Dabei können völlig neue Settings von Wohnen und Betreuung entstehen, die neue
12 Lebensqualitäten bieten. Es mag auch als Freiheit empfunden werden, nicht 24 Stunden
13 am Tag von Menschen umgeben zu sein und stattdessen zeitweilig mit Roboter Pepper
14 allein zu sein. Aber Entscheidungsfreiheit bleibt die Maxime.

15 Ebenso wichtig sind die Menschen, die in den Bereichen von Pflege und Eingliederungs-
16 hilfe arbeiten. Technische Unterstützung kann und soll verstärkt eingesetzt werden, um
17 die Pflegenden von schweren und ersetzbaren Arbeiten zu entlasten. Die derzeitige Situa-
18 tion in den Pflegeberufen ist nicht tragbar. Digitalisierung muss zu einer Verbesserung der
19 Arbeitsbedingungen führen.

20 Nicht ersetzbar ist menschliche Zuwendung. Daher ist für uns Grüne unfraglich, dass tech-
21 nische Unterstützung personalergänzend und nicht personalersetzend genutzt werden
22 muss. Ziel ist, dass Mitarbeiter*innen bessere Arbeitsbedingungen und mehr Zeit für Be-
23 dürfnisse über körperliche Notwendigkeiten hinaus haben.

24 Zwangsläufig kommt spätestens an dieser Stelle die Frage der Kosten in den Blick. Auch
25 gegenwärtig ist es ein ständiger Kampf, das Gebot einzuhalten, dass das Recht auf ein

26 selbstständiges und menschenwürdiges Leben keine Kostenfrage sein darf. Der Druck auf
27 einen sparsamen Umgang mit öffentlichen Geldern ist hoch. Wir Grüne stellen uns jetzt
28 und zukünftig gegen solches Ausspielen von Kostenargumenten gegen Bürger*innen- und
29 Menschenrechte. Keinesfalls darf perspektivisch in Vertragsverhandlungen zwischen Kos-
30 tenträgern und Leistungserbringern ausschlaggebend werden, dass etwa Pflege und Be-
31 treuung durch Robotik kostengünstiger sei als durch Personal. Genauso selbstverständlich
32 muss es sein, dass die von den Menschen gewünschte Technik auch bezahlt wird.

33 **Wandel im inklusiven Arbeitsmarkt**

34 Mit technischer und zunehmend digitalisierter Unterstützung verbessern sich für Men-
35 schen mit Behinderung auch die Chancen auf Bildung und die Teilnahme am Arbeitsleben.
36 Dieses Potential muss zum Nachteilsausgleich ausgeschöpft werden. Der digitale Wandel
37 kann andererseits einfache manuelle Arbeit von Menschen mit Behinderungen überflüssig
38 machen. Das Recht auf Arbeit muss aber für alle Menschen gelten. Hier muss die Politik
39 Rahmenbedingungen entwickeln, um z.B. auf dem Dienstleistungssektor neue Perspekti-
40 ven zu schaffen. Die Anbieter von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung müssen
41 in den Wandlungsprozess einbezogen werden.

42

43 **Keine digitale Spaltung der Gesellschaft**

44 **Digitalisierung bestimmt zunehmend das Alltagsleben der Bevölkerung. Immer mehr**
45 **Handlungen sind ohne den Einsatz digitaler Unterstützung gar nicht mehr möglich. Wer**
46 **digitale Kanäle nutzt, kann sein Wissen, seine Kompetenzen und seine Möglichkeiten glo-**
47 **bal erweitern. Von der Nutzung digitaler Möglichkeiten ausgeschlossen zu sein wird zur**
48 **Ohnmacht. Wenn wir verhindern wollen, dass die Spaltung der Gesellschaft an der Frage**
49 **der Nutzung digitaler Möglichkeiten weiter verschärft wird, muss Digitalisierung inklusiv**
50 **werden. Weder Armut noch Behinderung oder die damit verbundene Lebenssituation darf**
51 **die Nutzbarkeit digitaler Kanäle verhindern. Das betrifft sowohl die Verfügbarkeit von In-**
52 **ternet und entsprechenden Geräten, als auch die Barrierefreiheit und Verständlichkeit von**
53 **digitaler Kommunikation.**

Begründung

Dieser sehr umfassende Antrag zu Digitalisierung muss sich auch mit der Entwicklung in der Pflege und bei Behinderung befassen.

Antragsteller*innen

Karen Haltaufderheide KV Ennepe-Ruhr

Manfred Haag KV Neuss

Martin Kresse KV Neuss

Norbert Ostermann, KV Warendorf

Martina Müller, KV Hochsauerlandkreis

Thorsten Schmolke, KV Gütersloh

Jens Burnicki, KV Bielefeld

Didem Ozan, KV Münster

Lars Reichmann, KV Coesfeld

Christian Hohn, KV Olpe

Swenja Krüppel, KV Neuss

Cord Thissen, KV Köln

Emma Lisbeth, KV Krefeld

Antje Westhues, KV Bochum

Stefan Baake, KV Leverkusen

Jürgen Uebelgünn, KV Ennepe-Ruhr